

Saat für Vielfalt: Wir säen Vielfalt, wo andere sie zerstören.

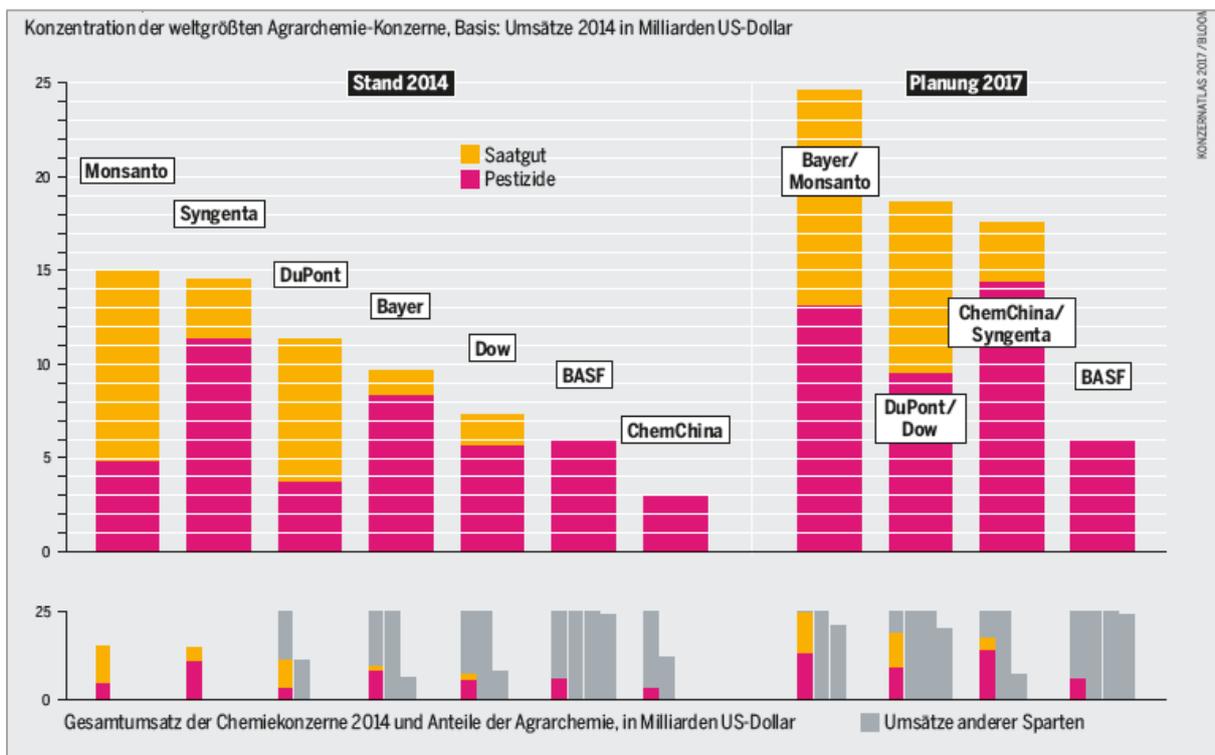
Es ist die größte Übernahme, die ein deutscher Konzern je getätigt hat: Im September 2016 kündigt Bayer, der zweitgrößte Agrochemie-Konzern weltweit an, den US-Saatgut- und Pestizidhersteller Monsanto zu übernehmen. „BaySanto“ würde damit zum größten Anbieter für Saatgut und Pestizide weltweit! Damit kommt es zu einer Markt- und Machtkonzentration, die gefährlich für unsere Demokratie und unser Ernährungssystem ist. Denn nur wenige Konzerne bestimmen dann, wie wir leben, arbeiten und essen.

Die geplante Fusion dieser beiden Megakonzerne ist Beispiel für eine Entwicklung in Richtung industrieller Landwirtschaft, in der kleinbäuerliche Betriebe keinen Platz finden. Insbesondere im globalen Süden sind die negativen Folgen einer solchen vom internationalen Agrobusiness vorangetriebenen Entwicklung für Mensch und Umwelt bereits heute deutlich spürbar.

Alternativen zum Entwicklungsmodell der Megakonzerne – das zeigen MISEREOR-Projektpartnerinnen und -partner weltweit – gibt es. Sie sind sozial gerecht, umweltfreundlich und demokratisch. Und: Sie können den Hunger bekämpfen!

Was bedeutet die Fusion für die Welternährung?

Kommt es zur geplanten Fusion, kontrollieren in Zukunft drei Megakonzerne fast 70 Prozent des weltweiten Markts für Saatgut und Agrarchemikalien.



Quelle Graphik: Konzernatlas 2017

Profit machen mit der Fusion vor allem Aktionäre, die Kosten dafür tragen Bäuerinnen und Bauern, Verbraucherinnen und Verbraucher und unsere Umwelt. Zwei Mega-Konzerne hätten große Macht über das Saatgut und somit über die Grundlage unserer Ernährung – die Folgen davon sind schwerwiegend:

1. „BaySanto“ würde 25 Prozent des Pestizidmarktes und 30 Prozent des Saatgutmarktes kontrollieren. Entstehen würde damit der größte Saatgut- und Pestizidhersteller der Welt.
2. Gentechnik würde verstärkt vorangetrieben und die Züchtung bäuerlichen Saatgutes weiter vernachlässigt. Das gefährdet die Sortenvielfalt und traditionelle Sorten werden von Hybridsorten und genmodifiziertem Saatgut zunehmend verdrängt.
3. Die Großkonzerne würden vermehrt darauf setzen, „Pakete“ mit ihrem Saatgut und ihren Pestiziden anzubieten, um ihre Gewinne zu steigern.
4. Der Lobbyeinfluss des Konzerns würde steigen. Das stellt ein Risiko für die Zulassung für Agrarchemikalien und die Zulassungs- und Kennzeichnungspflicht für Gentechnikpflanzen dar.
5. Agrarökologische Alternativen, die ohne die Betriebsmittel der Konzerne auskommen, würden weiter vernachlässigt.

Das Agrarmodell der Konzerne schließt einen Großteil der Bauern und Bäuerinnen im globalen Süden aus!

Das kapitalintensive Landwirtschaftsmodell, das Bayer und Monsanto fördern, ist nicht an den Bedürfnissen der vielen kleinen Familienbetriebe im globalen Süden ausgerichtet, sondern hat zum Ziel, Absatzmärkte für ihre Produkte zu sichern.

In Afrika südlich der Sahara wird die Zahl bäuerlicher Betriebe mit weniger als 2 Hektar auf rund 33 Millionen geschätzt¹. Sie repräsentieren rund 80% aller landwirtschaftlichen Betriebe in Sub-Sahara Afrika. Bayer und Monsanto engagieren sich seit Jahren in zahlreichen Initiativen wie Grow Africa und der G7 New Alliance für eine sogenannte Modernisierung der Landwirtschaft in Afrika. Ihre kapitalintensiven Ansätze sind jedoch nicht an die Realitäten der Mehrheit der bäuerlichen Familienbetriebe angepasst und vor allem zu risikoreich. Durch die starke Förderung großflächiger kapitalintensiver Landwirtschaft läuft die Mehrheit der kleinbäuerlichen Familienbetriebe zukünftig Gefahr, nicht nur Land und Ressourcen, sondern auch ihre Märkte zu verlieren.²

¹ FAO (2009): <http://www.fao.org/news/story/en/item/35770/icode/>

² MISEREOR 2015: Allianz der Zäune: Großflächige Agrarinvestitionen in Tansania.

Saatgut:

Wer hat die Kontrolle über die Grundlage der Welternährung?

Die zunehmende Markt- und Machtkonzentration im Ernährungs- und Agrarbereich geht einher mit der Kontrolle internationaler Konzerne über den Saatgutsektor. Diese hat weltweit negative Auswirkungen auf Bäuerinnen und Bauern sowie Konsumentinnen und Konsumenten.

Wie erlangen die Konzerne ihre Kontrolle über Saatgut?

Zum einen lassen sich industrielle Saatguthersteller ihr Saatgut als geistiges Eigentum patentieren, was je nach Sorte dazu führen kann, dass niemand anderes das Saatgut dieser Sorte ohne Erlaubnis des ‚Inhabers‘ nutzen, vermehren oder verkaufen darf. Zum anderen verlangen sie nach dem Sortenschutz Lizenzen für die Nutzung des von ihnen hergestellten Saatguts (Sortenschutzabkommen wie UPOV 91).

Insbesondere in den Ländern des globalen Südens finden internationale Konzerne noch nicht erschlossene Saatgutmärkte vor, die potenzielle gewinnbringende Absatzmärkte für sie darstellen. In Afrika wird beispielsweise noch etwa 80 bis 90 Prozent des Saatguts von Bäuerinnen und Bauern produziert, in Asien und Lateinamerika sind es 70 bis 80 Prozent (Grain/LVC 2015). Die Lebens- und Existenzgrundlagen der Bäuerinnen und Bauern dort hängen jedoch von der uneingeschränkten Nutzung, dem Tausch und dem sogenannten Nachbau (für die Wiederaussaat geeignete sogenannte „samenfeste“ Sorten werden selektiert und im Folgejahr neu ausgesät) von Saatgut ab.

Für MISEREOR-Partnerorganisationen im globalen Süden haben die Saatgutstrategien der Konzerne sowie die Verbreitung der Gentechnik verheerende Folgen. Auch gesamtgesellschaftlich betrachtet bedeutet die zunehmende Marktkonzentration im Saatgutbereich eine Gefahr für unsere Ernährungssouveränität und unsere Demokratie. Denn Saatgut ist unsere Ernährungsgrundlage; wird diese von wenigen Konzernen kontrolliert, macht dies Staaten anfälliger für die Einflussnahme und Lobbystrategien des Privatsektors und ermöglicht es, dass profitorientierte Konzerne bestimmen wie wir leben, arbeiten und essen.

Pestizide:

Die ökologischen und gesundheitlichen Kosten der industriellen Landwirtschaft

Es ist dringend Zeit für die Abkehr von einem Landwirtschaftsmodell, das auf dem Einsatz von Pestiziden basiert. Pestizide werden häufig in Kombination mit dem Hybridsaatgut und Gentechniksaatgut der Agrarkonzerne vermarktet. Für die Umwelt und die Gesundheit von Bäuerinnen und Bauern, Landarbeiterinnen und -arbeitern, Konsumentinnen und Konsumenten geht ein großes Risiko einher.

Einem aktuellen Bericht der Vereinten Nationen zufolge sterben 200.000 Menschen jährlich an akuten Pestizidvergiftungen. 99 Prozent dieser Todesfälle ereignen sich in Entwicklungsländern. Gründe dafür sind die fehlende Regulierung des Pestizidhandels und -einsatzes durch die Regierungen sowie die mangelhafte Aufklärung der Anwender über die Gefahren der Pestizide für Mensch und Umwelt.

Im Sortiment von Bayer finden sich etwa 60 hochgefährliche Pestizid-Wirkstoffe, die die geistige Entwicklung von Kindern und die Fortpflanzung beeinträchtigen und Geburtsschäden verursachen können, sowie die Entstehung von Krebs fördern oder akut giftig sein können. Im globalen Süden vertreibt Bayer Pestizide, die in der EU aufgrund ihrer nachgewiesenen ökologischen und gesundheitlichen Risiken verboten sind.

Die in der Landwirtschaft eingesetzten Pestizide können für Jahrzehnte in der Umwelt verbleiben, verschmutzen Böden, Gewässer und Grundwasser, verursachen Artensterben und gefährden auf diese Weise das Ökosystem.

Die Menschenrechte auf sichere und gesunde Arbeitsbedingungen, auf sauberes Wasser, Nahrung und Gesundheit sind durch den massiven Einsatz von Pestiziden bedroht. Alternativen für landwirtschaftliche Systeme, die mit minimalen Mengen oder ganz ohne Pestizide auskommen, gibt es. Sie müssten allerdings durch die Forschung weiter unterstützt und bekannt gemacht werden.³

Alternativen für eine ökologisch-nachhaltige und sozial-gerechte Landwirtschaft

Es gibt gute und praxiserprobte Alternativen. Agrarökologische Methoden erlauben den Bäuerinnen und Bauern, ihre landwirtschaftliche Produktion mit lokal verfügbaren Ressourcen zu intensivieren und erfordern keine großen Investitionen. Die Förderung von Biodiversität mit robusten Pflanzensorten reduziert den Schädlingsbefall. Es lohnt sich für Kleinbäuerinnen und -bauern, einen möglichst diversifizierten Anbau zu betreiben, falls es zu Ernteausfällen kommt oder zu starkem Preisverfall.

Agrarökologie schafft somit eine Alternative zum teuren Einsatz von chemischem Dünger, kommerziellem Saatgut und Pestiziden. Eine Langzeitstudie von MISEREOR in Uganda zeigt, dass Kleinbäuerinnen und -bauern, die von Partnerorganisationen in agrarökologischen Methoden beraten wurden, enorme Fortschritte bei der Sicherung der Ernährung, beim Einkommen und damit auch beim Lebensstandard gemacht haben.⁴

Welches Potential in bäuerlicher Saatgutzüchtung steckt, zeigt die Partnerorganisation MASIPAG auf den Philippinen. MASIPAG, ein Netzwerk aus Bauern und Bäuerinnen, Nichtregierungsorganisationen sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, setzt sich seit den 1980er Jahren für die Verwirklichung der Rechte und die Selbstbestimmung von Bäuerinnen und Bauern ein. Das Netzwerk arbeitet kontinuierlich daran, die Sammlung der traditionellen Reissorten zu vergrößern und organisiert Weiterbildungsangebote zur Reiszüchtung für seine Mitglieder. MASIPAG hat 1.313 traditionelle Reissorten gesammelt und erhalten und züchteten 1.288 neue Reislinsen, die optimal an Böden und das Klima vor Ort angepasst sind. Auf Testfarmen werden sie jedes Jahr ausgesät und ständig weiterentwickelt.

³ Besser anders. Mit Agrarökologie die Ernährungswende gestalten (2017).

⁴ <https://blog.misereor.de/2017/02/20/landwirtschaft-in-uganda-der-staat-uebersieht-das-potenzial-seiner-kleinbauern/>

MISEREOR ist sich daher sicher:

Wir brauchen eine Landwirtschaft für alle Menschen, nicht für Konzerne! Eine Landwirtschaft, die Kleinbäuerinnen und -bauern und ihren wichtigen Beitrag zur Ernährung anerkennt und sie einbezieht! Dafür brauchen Bäuerinnen und Bauern die Kontrolle über Land, Wasser und Saatgut und sie müssen ihre Produkte lokal und zu einem angemessenen Preis vermarkten können. Bäuerinnen und Bauern müssen die Möglichkeit haben, über ihre Anbaumethoden selbst zu bestimmen und diese standortgerecht nachhaltig weiterzuentwickeln.

Setzen auch Sie sich mit MISEREOR für ein Ernährungssystem ein, das das Recht auf Nahrung für alle verwirklicht, für viele Menschen Arbeit und Einkommen zu fairen Bedingungen schafft, das unsere Umwelt schützt und für Vielfalt vom Acker bis auf den Teller sorgt. Solch ein System ist tragfähiger und gerechter als ein System, das von wenigen Konzernen der Agrar- und Nahrungsmittelindustrie beherrscht wird. Dafür brauchen Bäuerinnen und Bauern nicht nur Unterstützung durch die Politik, sondern auch durch Verbraucherinnen und Verbraucher weltweit!

MISEREOR fordert:

Es ist die Aufgabe der Bundesregierung dafür Sorge zu tragen, dass deutsche Unternehmen wie Bayer im Ausland Menschenrechte achten und schützen. Kommt die Fusion zwischen Bayer und Monsanto zustande, wird diese Verantwortung noch größer. Daher sollte die Bundesregierung:

- ...alle Menschen durch eine angemessene Politik, durch Regulierung und Rechtsprechung von Menschenrechtsverstößen durch deutsche Unternehmen schützen – im In- wie auch Ausland.
- ...die Fusion von Bayer und Monsanto ablehnen und durch strengere Wettbewerbsregeln Konzernmacht begrenzen.
- ...das Recht der Bäuerinnen und Bauern stärken, ihr Saatgut frei zu nutzen, zu tauschen und verkaufen zu können.
- ...Patente auf Leben stoppen und die Grüne Gentechnik regulieren.
- ...Züchtungsstrategien fördern, die die Züchtungsleistung Bäuerinnen und Bauern anerkennt, sie aktiv einbezieht und agrarökologische Systeme unterstützt.
- ...den Export von gefährlichen Agrarchemikalien, die in Deutschland wegen Risiken nicht zugelassen sind, in den Globalen Süden unterbinden.
- ...gefährliche Pestizide schrittweise vom Markt nehmen und stattdessen agrarökologische Methoden in der Landwirtschaft fördern.
- ...sich für ein Verbot von Glyphosat in der EU einsetzen und dadurch ein Signal für Regierungen im Globalen Süden setzen, ihre Bevölkerung vor Pestiziden zu schützen.
- ...sich für staatliche Förder- und Forschungsprogramme für Agrarökologie einsetzen.

Weitere Informationen unter: www.saat-fuer-vielfalt.de

Rückfragen: baysanto@misereor.de

MISEREOR, 27. April 2017